

Pressemitteilung vom 20.10.22

**Presseinformation des BUND Südtondern zu den abgelehnten Anträgen der SPD Niebüll zum Thema PV in der 39. Sitzung der Niebüller Stadtvertretung am 6. Oktober 2022**

Bund für Umwelt  
und Naturschutz  
Deutschland e.V.  
Friends of the Earth  
Germany

Landesverband  
Schleswig-Holstein e. V.  
Ortsgruppe Südtondern

suedtondern@bund-  
nordfriesland.de  
www.bund-  
nordfriesland.de

**Verhinderung von Solaranlagen auf dem Dach ist nicht nachvollziehbar**

Bei der Ortsgruppe Südtondern des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat die Ablehnung der SPD-Anträge zum weiteren Ausbau der Solarenergie in Niebüll durch die CDU, FDP und SSW auf der letzten Sitzung der Stadtvertretung für Entsetzen gesorgt. Aus Sicht des BUND ist eine Verhinderung der Nutzung von Solarenergie, noch dazu vom Dach, angesichts der gegenwärtigen Krisen – allen voran die Klima- und Energiekrise – nicht nachzuvollziehen.

Besonders die Ablehnung der Änderung der Gestaltungssatzung der Stadt Niebüll von 2013, die die Montage von Photovoltaikanlagen auf den Dächern im Innenstadtbereich ermöglichen sollte, stößt beim BUND auf Unverständnis.

„Von einer Verschandelung der Hauptstraße durch PV-Module auf den Dächern zu sprechen, kann doch wohl nicht ernst gemeint sein“, empört sich Ralf Herrmann, Sprecher der BUND Gruppe Südtondern. „PV-Module auf dem Dach sind doch wohl eher ein zukunftsweisendes Sinnbild und sollten in der heutigen Zeit als ortsüblich akzeptiert werden“, so Ralf Herrmann weiter.

„Durch die Ablehnung beraubt man den dortigen Eigentümern und Bewohnern die Möglichkeit, Strom für rund 10 ct/kWh vom eigenen Dach zu beziehen“, stellt Carl-Heinz Christiansen vom BUND Arbeitskreis Energiewende fest. „Gerade die Versorgung mit Strom von einer eigenen PV-Anlage oder als Mieterstrom ist bei den derzeit hohen Strompreisen sehr lukrativ“, so Christiansen weiter. Nicht umsonst boomt zurzeit der Absatz der sogenannten Stecker-Solaranlagen. In immer mehr Kommunen und einigen Bundesländern wird deren Anschaffung sogar gefördert.

Auch der Denkmalschutz steht PV-Dachanlagen nicht mehr per se entgegen. So sind heute selbst in der denkmalgeschützten Lübecker Altstadt Solaranlagen auf den Dächern erlaubt.

Auch die Begründung zur Ablehnung der Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zur Verhinderung von Freiflächensolaranlagen ist in

den Augen des BUND eher scheinheilig. So wird die Ablehnung damit begründet, dass in Schleswig-Holstein täglich 6 ha landwirtschaftlicher Fläche an Infrastruktur, Siedlungen und Naturschutz verloren gehen. „Solar-Freiflächenanlagen können nicht mit der Versiegelung für Straße und Gewerbe verglichen werden. Wenn sie naturverträglich geplant und betrieben werden, können sie einen wichtigen Beitrag zur Artenvielfalt in unserer intensiv genutzten Agrarlandschaft leisten“, so Carl-Heinz Christiansen. „Dass der Flächenverbrauch stark reduziert werden muss, steht außer Frage. Und doch dreht sich auch in Niebüll das Karussell der Neuausweisung von Gewerbe- und Wohngebieten munter weiter. Dann muss auch damit Schluss sein“, so Christiansen weiter.

Der Strombedarf wird in den nächsten Jahren noch stark ansteigen, unter anderem durch den Bedarf für die E-Mobilität, Wärmepumpen und für die Erzeugung von Wasserstoff. Daher, und aus Gründen des Klimaschutzes, muss jede Möglichkeit des umweltverträglichen Ausbaus der erneuerbaren Energien genutzt werden. Dafür muss die Politik, auch auf kommunaler Ebene, die Grundlagen schaffen und sollte nicht als Verhinderer auftreten.